

Die offensichtlich ungebremste Treibstoffpreiserhöhung belastet zusehends die individuelle Mobilität und die Wirtschaft.

Rund 2 Mio. Beschäftigte pendeln zu ihrem Arbeitsplatz.

Daher waren die Forderungen des Fahrzeughandels an die Politik:

- **eine sofortige Entlastung der Dienstnehmer durch die Erhöhung der Pendlerpauschale und des amtlichen Kilometergeldes**
- **für Fuhrparkbetreiber eine steuerliche Gleichbehandlung des Investitionsgutes Pkw im Fuhrpark**

Diese Forderungen sind durch die stark steigenden Steuereinnahmen des Finanzministers aus der Mineralölsteuererhöhung – inkl. MwSt rd. 530 Mio. € – und den gestiegenen Mehrwertsteuereinnahmen durch steigende Pumpenabgabenpreise finanzierbar. Ein Teilerfolg wurde erzielt, denn sowohl die Pendlerpauschale wie auch das Kilometergeld wurden angehoben.

Zulassungssteuern wie NoVA als Nachfolgesteuer der seinerzeitigen Luxussteuer gehören entsprechend der Empfehlung des europäischen Parlamentes zur Forcierung von Verbrauchssteuern nach der erfolgten massiven Erhöhung der Mineralölsteuer und nach dem 1. Schritt der NoVA-Senkung für 25 % der Zulassungen ab 1. Juli weiter reduziert.

Die individuelle Mobilität schafft in der Autozulieferindustrie rd. 350.000 Arbeitsplätze und 75.000 Arbeitsplätze in Kfz-Betrieben.

Österreich wird mit namhaften, exportorientierten Betrieben zur Spitze gezählt. Treibstoffsparende Motorkonzepte einzelner Hersteller sind prompt verfügbar, die Umsteuerung der gesamten Fahrzeugflotte zur Senkung der CO₂-Belastung ist in vollem Gange!

Es gilt, den Lebensnerv der Wirtschaft zu sichern! Der Verkehr finanziert mit über 12,5 Mrd. € bereits knapp 20 % des Staatshaushaltes und ist damit ein wesentlicher wirtschaftlicher Faktor!